

## **Rede bei Abschlusskundgebung der Global-Change Demo am 15.10. vor dem Kanzleramt**

Liebe MitstreiterInnen und Mitstreiter, liebe Empörte und Wütende, oder besser: liebe Tanzwütige!

Bertolt Brecht lässt in seinem Theaterstück „Leben des Gallilei“ seine Hauptfigur sagen: „Wer aber das Korn zurück hält, dem wird das Volk fluchen!“

Wir erleben heute, dass Brecht recht hatte! Weltweit gehen Menschen auf die Plätze und Straßen, um für wahre Demokratie, soziale Gleichheit und gegen die Auswüchse des neoliberalen Kapitalismus zu protestieren!

Die Studieredenproteste in Chile, die Empörten auf dem Syntagmaplatz und dem Puerta del Sol, die Sozialprotestet in Israel und nun auch die wütenden BürgerInnen und Bürger in den USA! - Sie alle, uns alle eint heute an diesem Globalen Aktionstag die Forderung nach einer gerechteren Welt; einer Welt, in der endlich im Interesse der Bürgerinnen und Bürgern und nicht zugunsten von Banken, von Spekulanten und Vermögenden Politik gemacht wird!

Heute demonstrieren viele Tausende Menschen, um das einzufordern, was ihnen zusteht: mehr politische Mitsprache und einen weitaus größerer Teil des Kuchens! Denn während nur wenige fast alles besitzen, besitzen fast alle wenig oder nichts. Das ist die Realität; auch hier in Europa. Diese Ungleichheit bei den Vermögen ist nicht nur eine Zerreißprobe für das gesellschaftliche Zusammenleben, sondern sie erzeugt auch ökonomische Krisen:

Die horrenden Vermögen, die Ihre Anlagemöglichkeiten nicht mehr in der Realwirtschaft finden, befeuern die unberechenbaren Finanzmärkte, die diese Krisen erzeugen. Mit diesen Vermögen wird auf den Bankrott von Staaten und auf einen Preisanstieg bei Nahrungsmitteln spekuliert! Warum ist so etwas möglich, frage ich mich? Worin liegt da der Nutzen für die Gesellschaft?

Wir wehren uns heute gegen eine Politik, die diese Ungerechtigkeiten zulässt und begünstigt. Ich hoffe, dass diese Botschaft auch im Kanzleramt angekommen ist! Denn dort macht die Bundesregierung und davor auch schon rot-grün unter Schröder Steuergeschenke für Unternehmen und Reiche, während es den Arbeitnehmern und Erwerbslosen an den Kragen geht.

Damit lieferte Deutschland den Nährboden für die Entstehung der Eurokrise. Mit Sozialdumping und seinem Exportwahn hat Deutschland die anderen Euro-Länder zu Boden konkurriert und daher großen Anteil daran, dass die EU in

einer historischen Krise steckt und die Währungsunion vor dem Kollaps steht.

Anstatt aber die Schuld bei sich zu suchen, macht man die verschuldeten Länder, in denen die Menschen angeblich über Ihre Verhältnisse gelebt hätten, zu den Sündenböcken.

In Griechenland, aber auch in Irland, Portugal und Italien setzen die Regierungen auf Druck von Deutschland, dem Internationalen Währungsfonds und der Europäischen Zentralbank Kürzungsprogramme durch, drücken die Löhne und privatisieren das öffentliche Eigentum.

In Griechenland sehen wir das Resultat:

Die Arbeitslosigkeit ist seit Beginn der neoliberalen Kürzungssorgie 2010 von 9 auf 17% gestiegen. Jeder vierte Betrieb im Großraum Athen musste schließen. Das bedeutet Steuerausfälle für den griechischen Staat. Das Land wird so kaputt gespart, aber sicherlich nicht von seinem Schuldenberg befreit! Die neuesten Zahlen zu Griechenland belegen dies: Das Staatsschulden sind im Vergleich zum Vorjahr noch mal um 15% gestiegen.

Diese Kürzungspolitik ist unverantwortlich und kontraproduktiv im Umgang mit der Eurokrise. Und Deutschland gibt schändlicherweise den Ton dabei an. Mit Ihren Forderungen in Brüssel hat die Bundesregierung dafür gesorgt, dass die Krisenkosten in Griechenland ebenso wie in allen Euro-Ländern auf die Bevölkerung abgewälzt wurden, während die Verursacher der Krise bisher ungeschoren davongekommen sind.

So etwas dürfe nicht mehr passieren, hieß es 2008, als die Banken mit Hunderten Milliarden gerettet wurden. Sie sollten fortan in die Pflicht genommen werden, ließ Frau Merkel verkünden. Passiert ist nichts! Die Zockerei ging weiter, und wenn Griechenland jetzt der Schuldenschnitt ansteht, werden die Banken wieder Schlange an den staatlichen Geldzapfsäulen stehen. Und die BürgerInnen und Bürger sollen dann - angeblich alternativlos – wieder die Zeche dafür zahlen.

Aber die Rechnung wird nicht noch mal ohne uns gemacht! Und weil wir keine Sessel in den Parlamenten einnehmen, in denen angeblich Volkes Wille repräsentiert wird, machen wir uns hier und heute sichtbar und hörbar! Nein zu dieser unsozialen und ungerechten Agenda in Europa! Für eine EU der Solidarität!

Es muss jetzt endlich ein radikaler Richtungswechsel erfolgen! Jetzt müssen

Alternativen her! Diese Krise, die eine soziale und ökologische Krise, eine Legitimationskrise und eine Krise des Kapitalismus ist, muss anders gelöst!

Eine andere Welt ist nötig und möglich! Lasst uns heute einen Schritt zu dieser anderen Welt machen! Und morgen eine weiteren! Besetzen wir die Plätze! Gehen wir erst wieder, wenn wir gehört wurden und wenn wir unsere Forderungen berücksichtigt sehen.

Vielen Dank

Redner:

Christoph Mayer (Mitglied im Koordinierungskreis von Attac)